

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 17 (1937-1938)

Heft: 6

Artikel: Englands Kampf um seine Weltgeltung

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158349>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aufgabe des Klassenkampfes und Einordnung in die Wehrgemeinschaft des Volkes zu begegnen sucht. Vielleicht zeigt es sich, daß die Erinnerung an das Schicksal der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie noch zu frisch ist, um nicht die Notwendigkeit einer rechtzeitigen und grundsätzlichen Umkehr erkennen zu lassen. Zeigt doch gerade das Beispiel der deutschen Sozialdemokratie, wie leicht es zu spät sein kann.

Solche Entwicklungen stehen aber heute noch nicht in erreichbarer Nähe, sodaß darauf nicht abgestellt werden kann. Inzwischen muß unser Bestreben darauf gerichtet sein, die durch das Scheitern der Richtlinienbewegung besetzten Positionen mit Beschleunigung auszubauen, — nicht zu warten, bis ein weiterer Vorstoß gegen sie geführt wird, sondern von uns aus die Position Bern's vom Boden des Föderalismus und des Prinzips der freien Wirtschaft anzugreifen. Eine Bewährungsprobe in diesem Punkt steht uns bereits im Falle der eidgenössischen Vermögenszuwachssteuer unmittelbar bevor. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß diese Wertzuwachssteuer auch auf nicht realisierte Gewinne ausgedehnt sein soll und somit den Charakter einer Vermögensabgabe anzunehmen droht, zwingen insbesondere staatspolitische Gründe dazu, diesem erneuten Versuch, in die steuerpolitische Domäne der Kantone von Bundes wegen einzugreifen, grundsätzlich zu begegnen. Der Ausgang des Kampfes um die Richtlinienbewegung und insbesondere die tapfere Haltung unserer Wesschen in dieser Frage mögen uns immerhin die Zuversicht geben, daß dieser und die kommenden Kämpfe mit Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden können, wenn wir auch vom Endziel, die staats- und wirtschaftspolitische Entwicklung der letzten 40 bezw. 20 Jahre abzustoppen und zurückzubilden, noch weit entfernt sind.

Englands Kampf um seine Weltgeltung.

Von ***, London.

Wer die heutige politische Lage Englands richtig beurteilen will, muß sich vor allem jene Ereignisse vor Augen halten, die in der letzten Zeit seine Politik bestimmten und bestimmen:

die Schlappe des abessinischen Krieges, den Krieg in Spanien, die Abdankung Eduards VIII. und die Reichskonferenz im Frühjahr.

Wer nun die Haltung Englands zur Zeit des Abessinienkonfliktes mit seiner heutigen Stellung vergleicht, kann den großen Fortschritt nicht übersehen, den England inzwischen gemacht hat, und um wieviel stärker es heute wieder seine Interessen in der europäischen und der Weltpolitik zur Geltung bringt.

Der Abessinienstreit sah England zweifellos auf einem Tiefpunkte seiner Politik. Weder verstand man es, das zielklare politische Wollen Mussolinis entsprechend zu parieren, noch sah sich England in der Lage, letzten Endes nüchtern die Waffen sprechen zu lassen — denn diese hatte man nicht. England war in jener Periode offensichtlich durch die Vitalität und Stoßkraft des faschistischen Italiens überrumpelt worden. Mancher Engländer wird es zu spät bereut haben, daß man die Kompromißvorschläge Hoares, die eine zeitlang auch Aussicht hatten, von Italien ernst genommen zu werden, so schnell torpediert hat.

Englands Wiedererstarkung.

Seither hat sich in der englischen Politik ein entscheidender Wandel vollzogen. Mit diesem inneren Erschrecken haben die leitenden Staatsmänner, aber auch das Volk, gesehen, wie sehr die Weltstellung Englands gefährdet ist, wenn es sich nicht zu entscheidenden Taten aufraffen kann. Deren aber sind seither wieder genug geschehen, wenn man sie natürlich auch nicht immer an die große Glocke hängt. Wir weisen hier nur auf die Behandlung der Spanienfrage, auf die wir noch zurückkommen werden, und auf die ungeheuere Aufrüstung Englands hin.

So klar war den Engländern auf einmal die Lage geworden, daß sie ohne weiteres das in dem bekannten Weißbuche vom 4. März 1936 niedergelegte Aufrüstungsprogramm zur Kenntnis nahmen, dafür — ohne nur mit einer Wimper zu zucken — die Kleinigkeit von 30 Millionen Pfund bewilligten und sich mit der Einbeziehung der Wirtschaft in die Verteidigungspläne einverstanden erklärten. Daß man auf diesem Wege entschieden weitergeht, haben erst die Ereignisse der letzten Tage bewiesen.

So erzählte z. B. vor kurzem der „Daily Telegraph“, daß bis Ende dieses Jahres nicht weniger als 664 000 t für die Kriegsmarine in Konstruktion sein werden und daß die der Marine zugeteilte Luftflotte im Laufe der nächsten Zeit von 230 auf 550 Flugzeuge gebracht werden wird. Für das Jahr 1938 ist ein nicht geringeres Flottenbauprogramm vorgesehen. Das Blatt meint selber, daß diese Zahlen Rekordziffern für Friedenszeiten darstellen.

Im Landheer hatte man bisher mit der großen Schwierigkeit des Mannschafts- und Offiziersstandes zu kämpfen gehabt. Denn der Personalstand dieser Waffe entspricht in keinem Verhältnis dem bereits vorhandenen und vor allem vorgesehenen materiellen Rüstungsstande. Auch hier sind weitgehende Reformen vorgesehen. Vor wenigen Tagen hat der Kriegsminister Hore Belisha eine Neuregelung erlassen: während bisher die Dienstzeit 12 Jahre, davon 5 Jahre in der Reserve, betrug, haben jetzt die ausgedienten Soldaten die Möglichkeit, 21 Jahre zu dienen, um nachher pensionsberechtigt ins Privatleben zurückkehren zu können. Praktisch bedeutet das eine Reaktivierung der gegenwärtigen Heeresreserve. Damit ist freilich das Problem nicht gelöst, wie man sich neue Reserven zu schaffen

gedenkt. Es ist eine augenblickliche Notlösung, denn das Hauptproblem ist, wie man durch Neurekrutierung den Mannschaftsbestand erhöhen kann. Wir sind allerdings der Überzeugung, daß diese Maßnahme des Kriegsministers nur ein erster Schritt war. Und wir glauben auch, daß man schließlich nicht vor wirksamen Maßnahmen zurücktrecken wird, wenn auf anderem Wege das Mannschaftsproblem nicht gelöst werden kann.

In unvergleichlicher Weise haben es dabei die Engländer verstanden, ihre Aufrüstung, die genau so Machtzwecken dient wie jede andere, mit dem Mäntelchen höherer Sittlichkeit im Dienste des Weltfriedens auszustaffieren. Sicher wollen die Engländer den Frieden, weil ein Krieg immer ein gefährliches und kostspieliges Unternehmen ist. Aber es wird — wenn sie einmal mit der Aufrüstung so weit sind, daß sie anderen Mächten gewachsen sind — eben für sie der Frieden gebrochen sein, wenn es jemand wagen sollte, britische Lebensinteressen zu gefährden. Das war ja auch noch immer das Leitmotiv der Politik und wird es auch bleiben, wie es ja gerade die Ereignisse unserer Tage mit nicht mehr überbietbarer Klarheit zeigen.

Das „Spanische Problem“: Kräftemessen zwischen Rom und London.

Die Lehren, die man aus der abessinischen Niederlage ziehen mußte und aus der man zweifellos viel gelernt hat, konnten sofort in den spanischen Wirren ausprobiert werden. Hier zeigte sich wiederum die Geschmeidigkeit und Anpassungsfähigkeit englischer Politik, die man im Abessinienkonflikt vermißt hatte, in aller Deutlichkeit. Man ging immer nur gerade so weit, daß die jeweilige Situation nicht überspielt wurde, zeigte aber andererseits in manchen kritischen Augenblicken erstaunliche Hartnäckigkeit — man war eben doch in der Zwischenzeit auch militärisch erheblich stärker geworden. Zweifellos muß sich heute noch die englische Politik auf der Linie des Zeitgewinnens bewegen; denn es ist mit seinen Rüstungen noch lange nicht fertig. Aber wir glauben, daß es diese Methode gerade in der Spanienfrage — natürlich von seinem Standpunkte aus — sehr geschickt gehandhabt hat. Der ganze „Nichtinterventionsausschuß“ ist ja letzten Endes für England nichts anderes als eine „Puffereinrichtung“, die es ihm ermöglicht, politische Komplikationen abzufangen, abzudämpfen und allmählich im Hintergrunde verschwinden zu lassen.

Die letzte Phase seit dem „Deutschland“- und „Leipzig“-Zwischenfall war dafür mehr als lehrreich. Und als die Bolschewiken ihnen jetzt ihren schönen Plan — Anerkennung der Parteien als kriegsführende Mächte bei gleichzeitigem Rückzuge der Freiwilligen — torpedierten, waren sie zwar etwas ungehalten. Aber tragisch brauchte man die Sache nicht mehr zu nehmen. Die stärksten, Kriegsgefahren in sich tragenden Spannungen waren abgeklungen, die Jahreszeit soweit fortgeschritten, daß sich nach dem unendlich langen ergebnislosen Reden jedermann nach Urlaub sehnte — und so vertagte sich der Ausschuß auf unbestimmte Zeit. Wir glauben

nicht sehr fehl zu urteilen, wenn wir der Meinung sind, daß er kaum noch zu größerer nennenswerter Bedeutung aufwachen wird. Zum mindesten haben die Engländer für die nächsten Monate Zeit gewonnen, was für sie entscheidend ist.

Es verdient festgehalten zu werden, wie sich im Laufe der spanischen Ereignisse England immer mehr in den Vordergrund geschoben hat. Zu Beginn der Wirren und der Nichtinterventionspolitik ließ man den Franzosen den Vortritt, dann benützte man sie für britische Zwecke, um schließlich die Dinge selbst ganz in die Hand zu nehmen. Zeitweise wurde ja England geradezu „offiziell“ als die führende Macht in der Spanienfrage angesehen: man halte sich nur vor Augen, daß es nach dem „Leipzig“-zwischenfall von allen 27 im Ausschuß vertretenen Staaten beauftragt worden war, einen neuen Vorschlag auszuarbeiten; man denke auch daran, wie England in wirklich erstaunlicher Aktivität binnen wenigen Tagen die Zustimmung aller Staaten zu seinem Vorschlage erhalten hatte, der nun allerdings infolge der intransigenten Haltung Herrn Maiskys wieder in der Versenkung verschwunden ist.

England wünscht in Spanien weder ein faschistisches noch ein bolschewistisches Regime. Es möchte den Krieg möglichst auf die beiden kämpfenden Parteien beschränken, ihn möglichst totlaufen lassen, um dann womöglich als Vermittler zwischen den beiden Parteien die britischen Interessen entsprechend zur Geltung zu bringen. Das war und ist der Zweck der ganzen Nichtinterventionspolitik. Und daß hier England seine Stellung gegenüber dem Kriegsbeginn erheblich verbessert hat, kann man wohl nicht abstreiten.

Deutschland war und ist in Spanien außer der weltanschaulichen Kampfstellung gegen den Bolschewismus und abgesehen von gewissen wirtschaftlichen Interessen — spanische Eisenerze z. B. — nicht unmittelbar engagiert. Italien ist viel mehr in diese Frage verwickelt und je mehr es sich in sie einließ, umso mehr mußte es in Gegensatz zu England geraten. England kann sich nicht das Mittelmeer durch ein ganz unter italienischem Einfluß stehendes Spanien versperren lassen.

Gerade hier hat aber England jetzt gegenüber Italien einen sehr geschickten Zug getan. Der Brief des englischen Premiers Chamberlain an Mussolini handicapt diesen für die nächste Zeit, in Spanien besonders aktiv zu werden *). Denn wenn er die großen Spannungen gegenüber England abschwächen will, so kann er nicht England gerade jetzt durch besondere Aktivität in Spanien verprellen. Die Verhandlungen zwischen England und Italien aber dürfen erst gegen Anfang Oktober aufgenommen werden. Also hat England für die nächsten zwei Monate Ruhe für andere Aufgaben. Wenn auch die englische und mit etwas mehr Zurückhaltung die italienische

*) Die jüngsten Ereignisse scheinen dies allerdings nicht zu bestätigen. (Die Schriftleitung.)

Presse in den letzten Wochen lebhafte Friedensschallmeien geblasen haben, so glauben wir noch nicht recht an die neue englisch-italienische „Herzlichkeit“. Je mehr man in die Details kommen wird, desto schwieriger wird die Verständigung werden. Denn zu vielfach stoßen die Interessen aufeinander: Spanien, die Balearen, Malta, die griechischen Inseln, das östliche Mittelmeer, Palästina, Aegypten und Abessinien, Mussolini als Schutzherr des Islamus usw. Wir wollen damit nicht sagen, daß es nicht zu einer großen Abschwächung der akuten Spannungen kommen kann. Solange aber Mussolini an dem Traum der Wiedererneuerung des römischen Imperiums festhält — und bisher hat er nicht die geringste Neigung gezeigt, diesen Gedanken irgendwie fallen zu lassen oder auch nur abzuschwächen — muß Italien naturnotwendig mit den englischen Interessen im Mittelmeer in Konflikt kommen.

Eine kleine Episode ist nicht ohne Pikanterie: während die großen Manöver in Sizilien abgehalten werden, deren strategische Anlage nur für den Fall eines Krieges mit England Sinn hat, halten die Engländer gleichzeitig große Luftmanöver um Malta ab. Natürlich ist es sehr einfach, darauf hinzuweisen, daß beide Manöver früher geplant waren als die Boten so freundliche Briefe zwischen Herrn Chamberlain und Herrn Mussolini hin und her trugen, deren Inhalt allerdings bis heute der Öffentlichkeit verschwiegen geblieben ist.

Reichskrise und Reichspolitik.

Es ist in der europäischen Politik viel zu wenig beachtet worden, in welcher großen Gefahr das britische Weltreich um die Jahreswende 1936/37 stand. Die von einer gewissen Presse mit allen Mitteln billigster Sensationsmacherei aufgebauchte Liebesaffaire des damaligen König Eduard VIII. und jetzigen Herzogs von Windsor, von der man bis heute nicht weiß, welche wirklich treibende Momente ihr zugrundelagen, hatte das Weltreich in eine ganz große Krise gestürzt.

Erst während der im Mai 1937 folgenden Reichskonferenz ist es zum Bewußtsein gekommen, welche entscheidende Bedeutung die im innerpolitischen Leben scheinbar so nebensächliche britische Krone hat. Sie ist das einzige staatsrechtliche Band, das heute die Dominien zur Einheit zusammenfaßt. Dadurch, daß der König seinen privaten Neigungen den Vorzug vor seinen Reichspflichten gab, stand die Krone vor der unmittelbaren Gefahr einer unerhörten Prestigeeinbuße, so daß politische Auswirkungen im Reichsgefüge zweifellos die Folge gewesen wären. Erst rückschauend kann man die große staatsmännische Leistung des damaligen Premiers Baldwin richtig einschätzen, der diese Wirren mit vollendetem Takt, aber auch mit rücksichtsloser politischer Härte zur Klärung brachte. Es bleibt vielleicht sein größtes Verdienst um das britische Reich, daß binnen weniger Stunden von allen Dominien die Zustimmungserklärungen für den neuen König George VI. einliefen.

War dadurch auch die unmittelbare Gefahr gebannt, so lasteten die Schatten der Abdankung doch bis zur Empire-Konferenz über dem britischen Imperium. Unter dem Eindrucke der großartigen Krönungsfeierlichkeiten und auf Grund sehr eingehender Aussprachen über die gesamte Reichspolitik wurde diese damals so plötzlich entstandene Krise endgültig überwunden. Man kann nicht zweifeln, daß die Reichskonferenz eine Stärkung des Gemeinschaftsbewußtseins der einzelnen Dominien herbeigeführt hat. Dafür sprechen nicht nur die von der Reichskonferenz bekannt gewordenen Reden und Auseinandersezungen, sondern auch die Erklärungen der Staatsmänner, als sie wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren.

Freilich wurde es auf dieser Konferenz klar, daß die britische Reichspolitik von der europäischen Politik verschieden ist und daß das ganze Problem „Europa“ innerhalb der Empire-Politik nur ein, wenn auch sicherlich sehr wichtiges Teilproblem ist. Das haben die Staatsmänner der Dominien den englischen Staatsmännern sehr deutlich zu verstehen gegeben und sie ließen kaum einen Zweifel darüber, daß man sich durchaus nicht für Komplikationen verantwortlich fühle, die aus einer unvorsichtigen europäischen Politik erwachsen könnten. Die starke Neigung gewisser englischer Politiker, sich unmittelbar für mittel- und osteuropäische Fragen garantiemäßig zu binden, sandt herzlich wenig Gegenliebe — und seither sind derartige Absichten erheblich in den Hintergrund getreten. Auch in England hat allmählich die Ansicht Überwasser gewonnen, daß das ganze Fragengebiet der mittel- und osteuropäischen Völkerwirtschaftzone so heikel ist, daß man sich nicht von vornherein auf bestimmte politische Maßnahmen festlegen lassen darf. Auf der Reichskonferenz war es jedenfalls klar geworden, daß England nicht auf die Unterstützung der Dominien rechnen könne, wenn es sich z. B. auf Grund solcher Verpflichtungen zu einem Kriege genötigt sehen würde. Umgekehrt aber wurde es ebenso klar, daß England auf die Hilfe der Dominien rechnen könne, wenn es von irgendeiner dritten Seite angegriffen oder in lebenswichtigen Punkten der gesamten Reichspolitik bedroht würde.

Außerdem scheint — wenn auch nicht in irgendwelcher „vertraglicher Form“ — auf der Reichskonferenz eine weitgehende gegenseitige Abstimmung in Fragen der Aufrüstung und der gegenseitigen Unterstützung erzielt worden zu sein.

Die größere Gefahr.

Während diese Zeilen niedergeschrieben werden, beginnen sich Ereignisse abzuzeichnen, deren Tragweite heute noch nicht abzusehen ist, die aber vielleicht sehr rasch — vom englischen Standpunkte aus — den europäischen Fragenbereich zu einem „Nebenkriegsschauplatz“ werden lassen können. Die Ereignisse im „Fernen Osten“ — nicht genug, daß man gerade im „Nahen Osten“ (Palästina!) Sorgen über Sorgen hat — hatten sich in der letzten Zeit so zugespielt, daß der Ausbruch des Krieges fast eine

Selbstverständlichkeit ist. Freilich gibt es in der modernen diplomatischen Terminologie das Wort „Krieg“ nicht mehr. Es handelt sich ja immer nur um „Selbstverteidigung“, „Vergeltungsmaßnahmen“, „Polizeiaktionen“, „Erschließung unkultivierter Völker für die Zivilisation“ usw. „Kriegserklärungen“ sind längst überholte Angelegenheiten geworden. Wenn man keinen Krieg erklärt hat, braucht man auch nachher keinen Frieden zu schließen. Eine Methode, die vor allem die Japaner sehr geschickt handhaben. Man presst vor, soweit es im Augenblick geht; baut dann die gewonnenen Positionen aus und geht bei der nächsten Gelegenheit einen Schritt weiter. So ergibt sich der sonderbare Zustand eines dauernden, latenten Krieges, der weder durch ein genaues Beginnen — wie in früheren Zeiten — noch durch ein klares Ende gekennzeichnet ist.

Diesmal aber scheinen die Ereignisse ernsteste Formen anzunehmen. Denn China ist an der äußersten Grenze der Möglichkeit eines Nachgebens angelangt. Will es nicht bedingungslos vor Japan kapitulieren, so muß es sich zur Wehr setzen — gleichgültig ob es kriegstechnisch seinem Gegner gewachsen ist oder nicht. Freilich soll man dabei nicht übersehen, daß die Japaner auf dem chinesischen Festlande immer nur mit verhältnismäßig kleinen Kräften operieren können. Die entscheidende Frage aber ist, wie weit Tschian-Kai-Tscheh heute die Chinesen geeinigt hat, so daß er die Macht des Riesenreiches überhaupt zum Einsatz bringen kann. Die Ereignisse um Peking haben jedenfalls neuerlich die Wankelmütigkeit chinesischer Generale gezeigt. Allerdings darf man dabei nicht übersehen, daß diese Armeeteile nicht unmittelbar zu den militärischen Kräften der Nanking-Regierung gehörten.

Entscheidend aber wird es, daß diesmal im Hintergrunde der Auseinandersetzungen zwischen Japan und China England und die Vereinigten Staaten sichtbar werden. Damit geraten diese Auseinandersetzungen in die Ebene weltpolitischer Perspektiven von größter Tragweite. Nun kommt der ganze indopazifische Raum in Bewegung, in dem man bisher jede Kräfteverlagerung so sorgfältig vermieden hatte, weil sie notwendigerweise die größten Spannungen heraufbeschwören müßte. Wenn sich die Dinge nur noch um eine Kleinigkeit weiterentwickeln als sie heute gelagert sind, wird die Frage um die Herrschaft über den Pazifik offen gestellt sein: ob der gelbe oder der weiße Mann in diesen unvorstellbar großen Räumen bestimmten soll. Diesmal sind es nicht nur wirtschaftliche Gründe oder die Sorge um Indien, die England gegen Japan stehen lassen und die auch die USA an die Seite Englands führen. Man denke nur daran, wie rasch die Redereien von neuen englisch-japanischen Verhandlungen Anfang Juli verstummt, man denke daran, daß die chinesische Zentralregierung in den Vereinigten Staaten einen Öllieferungsvertrag von $1/2$ Milliarde Dollar plazieren konnte, man denke daran, daß der offizielle Besuch der amerikanischen Flotte in japanischen Häfen auf „unbestimmte Zeit“ verschoben wurde. Und man

betrachte die Geschehnisse um Schanghai, wo — wie heute die Blätter melden — der offene Kampf zwischen China und Japan ausgebrochen ist.

Abgeschlossen am 13. August 1937.

Philosophie, Dichtung und Tragik.

Von Erich Broeck.

I.

Wir wollen unsere Betrachtung an das Buch von Emil Staiger „Der Geist der Liebe und das Schicksal; Schelling, Hegel und Hölderlin“ (Frauenfeld und Leipzig, Huber & Co.) anknüpfen. Der Grundgedanke dieser wahrhaft bedeutenden Schrift ist, die drei Freunde in ihrer Tübinger Stiftszeit zu schildern, als sie in fast ungebrochener geistiger Eintracht innerhalb einer gemeinsamen Ideenwelt sich bewegten, darnach aber ihr Auseinandergehen in verschiedene Geistesrichtungen zu verfolgen und daraus das Wesen jedes einzelnen dieser drei Großen in der Abhebung von einander zu beleuchten. Tübingen bedeutete ihnen darnach ein jugendlich hochgespanntes Lebensgefühl aus der Idee einer Einheit von Vollkommenheit und Wirklichkeit. Sie lebten darin mit solcher Selbstverständlichkeit dahin, daß dieses Zusammenfallen ihnen als schlichte innerliche Notwendigkeit erschien, als unmöglich von der Wirklichkeit her widerlegbar. Höchstens daß das Bewußtsein eines Widerspruchs in der Ungeduld liegen konnte, sich noch eine greifbare Zeitspanne lang bis zum vollen Anbruch jener Vollkommenheit vertrösten zu lassen. Mit dieser chiliaischen Trunkenheit fühlten sich die drei Freunde sicher genug, der Welt förmlich den Handschuh ins Gesicht zu schleudern. Von da schritten sie dann ins Leben hinein, und alsbald begannen die beiden Philosophen „mit der trägern Wirklichkeit zu unterhandeln“, während der Dichter an der festgehaltenen Absolutheit jener Einheitsidee verblutete. Schelling erscheint bei Staiger nahezu als einer, der, statt mit der Kraft des Glaubens in der Schau der letzten Versöhnung sich zu halten, die Gegenwart des Vollkommenen genialisch, aber mehr mit einem leichtfertigen Virtuosentum sich zusammenphantasierte, in Philosophie wie im Leben — um dann im Alter und zu spät „Ernst und Schmerz des Negativen“ als entsetzliche und heillose Wirklichkeit neu lernen zu müssen. Hegel kommt beinahe noch schlechter weg. Er wird als derjenige dargestellt, welcher unter Hölderlins Sonne einen Augenblick erwärmt, dann aber alles Individuelle und Lebendige ohne Mühe in sich erwürgt und begräbt, weil ihm die inneren Gegenmächte, die ihm solches Tun hinlänglich erschwert hätten, ja weil ihm in einem tieferen Sinne das Schicksal selbst gebracht. „Auf die Kunde von seinem Ruhm meinten die ferneren Freunde erstaunt: